



NOVEMBER/DEZEMBER 2010 · NR. 28

ANTIBERLINER

2 | Sparen

Schwarz-Gelb nimmt massive Einschnitte in dem Sozialsystem vor

4 | Streichen

In ganz Europa werden soziale Errungenschaften rückgängig gemacht

6 | Streiken

Frankreich geht gegen die sozialen Verschlechterungen auf die Barrikaden



Intro

Der Herbst ist da und fühlt sich gelegentlich schon wie Winter an, doch erleben wir dieser Tage einiges an Bewegung, das die Kälte vergessen lässt. Der Castor hat so lange gebraucht wie noch nie, offensichtlich reicht es vielen so langsam mit dem arroganten Gehabe der Herrschenden. Die jedoch lassen sich zunächst noch nicht davon beeindrucken und ordnen im Falle Niedersachsens, einen Tag nach den größten Protesten im Wendland, die Weitererkundung des löchrigen Salzstocks in Gorleben an. Zusätzlich soll weiterer Strahlenmüll nach Russland kutschiert werden, dazu seien die Dokus »Albtraum Atommüll« und »The Nuclear Comeback« empfohlen. Im Heft beschäftigen wir uns mit den wenig getarnten Versuchen diverser Regierungen, die Kosten der Krise von denen bezahlen zu lassen, die sowieso nix haben. Neben einem europäischen Überblick über dieses Krisenmanagement geht es dabei im Speziellen um die konkreten Streichungen im Sozialen in Deutschland. Aber es auch um Widerstand gegen dieses Vorgehen hier beschäftigen wir uns mit Frankreich. Außerdem werden die Hintergründe des Brandanschlags von Neonazis in Kreuzberg beleuchtet und Rede und Antwort standen uns die Kicker vom Roten Stern Leipzig.

impressum

V.i.S.d.P.: Eberhard Diepgen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de
[i] www.antiberliner.de

Unterstützer_innen:
Antifaschistische Linke Berlin
Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

Fünf Euro Hartz IV gibt es mehr ab Januar 2011 – was wie ein Geschenk aussieht, ist in Wirklichkeit eine Verarsche. Denn um den Bedarf von ALG2-EmpfängerInnen zu berechnen, hat das Arbeitsministerium ordentlich getrickst. So wurden als Bemessungsgrundlage nur noch die 15 Prozent niedrigsten Einkommen als Vergleichsmaßstab herangezogen anstatt der 20 Prozent wie zuvor. Leistungen wie Zigaretten und Alkohol wurden ganz aus dem Bedarfskatalog gestrichen. Sozialverbände und Opposition fordern hingegen eine Regelsatzerhöhung

Im Gegensatz zu den ALG2-Kürzungen betrifft die Gesundheitsreform nicht direkt die Haushaltslage des Staates. Dafür sind ihre Folgen für die meisten Menschen in diesem Land spürbar und sie hat ein Ziel: Die Entsolidarisierung des Gesundheitssystems, weil mit der Gesundheitsreform die Stellung der gesetzlichen Krankenkassen als letzter Rest einer sozialstaatlichen Gesundheitsfürsorge weiter geschwächt wird. Außerdem werden die steigenden Kosten für die Krankenversicherung auf die Arbeitenden alleine

Nach der Krise ist vor der Krise

Die Finanzkrise führt, wenn es nach dem Willen der schwarz-gelben Regierung geht, zur Krise des Sozialstaates. Denn die Kürzungen bei Hartz IV und die Gesundheitsreform stellen den größten Einschnitt in das Sozialsystem seit der Agenda 2010 dar.

für ALG2-EmpfängerInnen von derzeit 359 Euro auf mindestens 400 Euro im Monat. Stattdessen fangen die fünf Euro mehr noch nicht einmal die Inflation seit der Einführung von HartzIV im Januar 2005 auf. So wird einE ALG2-EmpfängerIn auch ab 2011 real weniger in der Tasche haben als 2005. Und die fünf Euro mehr in der Tasche sollen den ALG2-EmpfängerInnen durch das Sparpaket wieder doppelt und dreifach geklaut werden: HartzIV-BezieherInnen soll das Elterngeld gestrichen werden, was für eine alleinstehende Mutter einer Kürzung von monatlich rund 300 Euro gleichkommt, und Wohngeld-EmpfängerInnen sollen keine Heizkostenpauschale mehr bekommen. Zudem werden den ALG2-EmpfängerInnen die Beiträge zur Rentenversicherung gekürzt und die Übergangsgelder für die Umstellung von ALG1 auf ALG2 sollen wegfallen. Mit diesen Maßnahmen will die Bundesregierung 2011 insgesamt 4,3 Milliarden einsparen.

abgewälzt, wenn der Arbeitgeberanteil auf 7,3 Prozent eingefroren wird. Weitere Steigerungen der Kosten müssen von den Versicherten alleine getragen werden. Doch das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen ist nur scheinbar ein Kostenproblem, eigentlich ist es eine Frage des Einkommens. So wanderten in den letzten Jahren vor allem gesunde Besserverdienende von der gesetzlichen zur privaten Krankenkasse ab, was dazu führt, dass die gesetzlichen Krankenkassen immer weniger Geld einnehmen. Und der Wechsel zur privaten Krankenkasse wird durch die geplante Gesundheitsreform noch erleichtert: Angestellte sollen ab 2011 nur noch einmal die Verdienstobergrenze von 49.500 Euro pro Jahr überschreiten müssen, um in die private Krankenkasse wechseln zu können. Bis jetzt muss diese Grenze noch drei Jahre lang überschritten werden.

Das Hauptargument für den Abbau des Sozialstaates ist, dass nach der Finanzkrise von 2008 jetzt gespart werden muss. Deshalb hat noch die schwarz-

rote Bundesregierung im Frühjahr

2009 die sogenannte »Schuldenbremse« beschlossen: Ab

2011 soll die Neuverschuldungsrate der BRD von derzeit 5,1 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden.

Zum Vergleich: Der Stabilitätspakt der EU lässt eine Neuverschuldung von drei Prozent pro Jahr zu.

Doch was hat das alles mit der Finanzkrise zu tun? Nachdem in den USA die Investment Bank Lehmann Brothers pleite



ging, schwappte die Krise mit der drohenden Insolvenz der Hypo Real Estate auch auf Deutschland herüber. Damit die Realwirtschaft nicht komplett zum Erliegen kam und noch mehr Banken pleite gingen, pumpen die Zentralbanken Geld in den Wirtschaftskreislauf und die Regierungen spannten Schutzschirme. Aktuell hat die Federal Reserve der USA angekündigt, weitere 600 Milliarden US-Dollar zu drucken. Rund 100 Mrd. Euro hat alleine die Rettung der Banken den deutschen Staat gekostet. Hinzu kommen Maßnahmen wie die Abwrackprämie, mit der der heimischen Automobilindustrie unter die Arme gegriffen wurde. Das Geld fehlt jetzt. Die Rettung der Banken und der heimischen Industrie konnte nur mit einer Staatsverschuldung finanziert werden. Und die ist kostspielig, weil der Staat dafür Zinsen zahlen muss. Also wie sollen die Kosten wieder rein kommen? Eine Möglichkeit wäre, die geretteten Banken dafür aufkommen zu lassen. Doch das will die Bundesregierung offenbar nicht, denn die Bankenabgabe, die das schwarz-gelbe Kabinett beschlossen hat, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei rund 1,2 Milliarden Euro, die das vermutlich jährlich bringen würde, müssten die Banken 83 Jahre zahlen, bis die Kosten der Finanzkrise wieder eingespielt wären. Außerdem soll mit der Bankenabgabe die jetzige Krise gar nicht bezahlt, sondern nur die nächste Bankenpleite abgedeckt werden.

Letzten Endes ist die Bankenkrise und der Unwille der Regierung, die Bankenrettung weder durch Neuverschuldungen noch durch eine wirkliche Bankensteuer zu finanzieren, der Grund für die Kürzungen im Sozialstaat. Doch diese Kürzungen werden mit Prinzip durchgesetzt: Mit der Sparpolitik verfolgt die schwarz-gelbe Regierung die Interessen der KapitalbesitzerInnen. Denn die Kürzungen stellen eine Verteilung von Unten nach Oben dar. Unter anderem wird mit den Sparmaßnahmen bei ALG2-EmpfängerInnen die Rettung der Banken finanziert und die Gesundheitsreform hilft mit, die Lohnnebenkosten für die Unternehmen zu drücken. Und die erwirtschaften wieder fleißig Profite: Die Deutsche Bank hat alleine im ersten Halbjahr 2010 einen Gewinn von 2,9 Milliarden Euro erzielt. ★



Potentielle Straftäter

Das Vorgehen der schlagstock-prügelnden und Pfefferspray verschüttenden PolizistInnen, die Unterstützung von angeblichen Sanitätern und französischen PolizistInnen während des Castor-Transports bekamen, wird skandalisiert. Kaum Beachtung fanden jedoch die Vorladungen etlicher Personen zur »polizeilichen Vermessung« im Vorfeld der Aktionen gegen den Castor-Transport in Niedersachsen. Die Behörden beriefen sich dabei auf Paragraph 81b StPO. Nach dieser Vorschrift dürfen, soweit es für die Zwecke der Durchführung des Strafverfahrens oder für die Zwecke des Erkennungsdienstes notwendig ist, Lichtbilder und Fingerabdrücke der Beschuldigten auch gegen deren Willen aufgenommen, sowie Messungen und ähnliche Maßnahmen vorgenommen werden. Allerdings ist keiner der Betroffenen bisher strafrechtlich verurteilt worden. Es gab nur Ermittlungsverfahren, die aber alle mangels hinreichenden Tatverdachts oder wegen geringer Schuld eingestellt wurden. Trotzdem begründeten die Behörden die Vorladung jetzt mit der effektiven Vorsorge zur Verhinderung von Straftaten bei Versammlungen.

Tante Käthe: Druck

So genanntes Kammerwasser bildet in einem geschlossenen System, bedingt durch quantitativen Ab- und Zufluss sowie seine geringe Komprimierbarkeit, die Grundlage für die Entstehung eines Druckverhältnisses. Gebildet vom Epithel des Ziliarkörpers fließt es vom Trabekelwerk des Kammerwinkels durch den Schlemmschen Kanal in das episklerale Venensystem und gelangt so zwischen Iris und Augenlinse durch die Pupille in die Vorderkammer des Auges. Das Verhältnis von Zu- und Abfluss bestimmt den Augeninnendruck, der wiederum verantwortlich ist für die konstante Wölbung der Hornhautoberfläche. Warum diese Zusammenhänge im begrenzten Platz dieser Zeitung dargestellt werden, ist klar: Es geht um Druck. Der politische Druck auf diejenigen wächst, die meinen,

aberwitzige Bauprojekte oder Castortransporte für Konzerngewinne mit dem Knüppel in der Hand der Staatsmacht durchprügeln zu müssen. Denn je mehr Menschen sich in den Weg stellen, campen, schottern und sich auch noch organisieren, desto mehr Öffentlichkeit wird es geben, die Druck auf die Verantwortlichen erzeugt. Daraus bildet sich die Notwendigkeit, diesem Druck selbst mit Druck zu begegnen. Beispielsweise durch behelmte Büttel, die Protestierende wegdrücken. Liegt der Druck im Inneren eines gesunden Auges zwischen 10 und 21 Torr (1 Torr=Gewicht einer Quecksilbersäule von 1mm Höhe), so kann der politische Druck in Stuttgart zwar als höher eingeschätzt, doch schwerlich nur gemessen werden. Dass der Druck auf die Nutznießer der bestehenden Wirtschaftsordnung generell wächst, lässt sich jedenfalls ablesen in der Erhöhung des Drucks ihrerseits: Der neue Wasserwerfer 10.000 Cobra, der in 78-facher Ausführung die alten Wasserwerfer der BRD ersetzen soll, schießt einen Wasserstrahl mit bis zu 10 bar. Das ist über 30 Prozent mehr Druck als der alte hatte, entspricht dem 4-5fachen Druck eines Autoreifens oder dem 357fachen Innendruck eines vor dem Treffer gesunden Auges.



Die konservative britische Regierung um Premierminister David Cameron will das Haushaltsdefizit in den kommenden fünf Jahren von 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 1,1 Prozent reduzieren. Das soll erreicht werden, indem mit einem der härtesten Sparpakete Europas in den nächsten Jahren über 80 Milliarden Pfund (über 90 Milliarden Euro) eingespart werden. Selbst die Spitzenverdienerin Queen Elizabeth muss eine Einsparung von 14 Prozent für den Haushalt 2012/13 hinnehmen. Die Hauptlast tragen aber die Menschen, die

kürzen. Bei den hohen Mieten auf der Insel bedeutet das in jedem Fall die Vertreibung von Ärmern aus den Innenstädten. Allein in London sollen mehr als 200.000 Menschen betroffen sein. Der Obdachlosenverband Thames Reach rechnet sogar mit einer deutlichen Erhöhung der Obdachlosenzahlen.

Auch im sozialdemokratisch regierten Portugal werden die Massen belastet, während die Eliten geschont werden. Nachdem die Mehrwertsteuer erst vor kurzem um einen Prozentpunkt auf 21 Prozent angehoben

Haushalte mit niedrigen Einkommen, denn gerade Instrumente wie eine Mehrwertsteuererhöhung machen Ärmern deutlich mehr zu schaffen.

Die sozialdemokratische Regierung Spaniens um José Luis Rodríguez Zapatero setzte im Mai zum Kahlschlag an. Auch sie verließ sich auf die beliebte Kombination aus Einbußen bei RentnerInnen und jungen Familien und Kürzungen im öffentlichen Dienst. So werden dort zusätzlich zu Gehaltskürzungen um fünf Prozent 13.000 Stellen ganz gestrichen. Mindestens im Jahr 2011 müssen sich die RentnerInnen des Landes auf eine Nullrunde einstellen, eher länger. Eine Familienhilfe von einmalig 2.500 Euro, die die Regierung Zapatero erst 2007 selbst eingeführt hat, wird ebenfalls gestrichen. Außerdem spart sie im Entwicklungshilfeetat 600.000 Euro ein.

Irland wird mittlerweile als nächster Pleitkandidat der EU gehandelt, aber Geld war da, es ist nur, wie überall, in die Banken geflossen. Allein die »Rettung« der Anglo Irish Bank kostete den irischen Staat 23 Milliarden Euro, was schlappe 19 Milliarden mehr sind als ursprünglich angekündigt. Letztes Jahr gab es schon schwere Einschnitte, um dieses Geld bei den Menschen, die in Irland leben, wieder reinzuholen. Jetzt müssen Beamte, die etwa ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, mit bis zu 15 Prozent weniger Lohn auskommen. Das Kindergeld wurde um zehn Prozent, das Arbeitslosengeld um 4,1 Prozent gekürzt. Besonders hart trifft es junge Menschen, die ihre Arbeit verlieren. Deren staatliche Hilfe wurde etwa um die Hälfte auf 100 bis 130 Euro wöchentlich zusammengespарт. Warum gleichzeitig zu diesen drastischen Einsparungen im Sozialbereich die Alkoholsteuer gesenkt wurde, was das Pint Bier um etwa zwölf Cent günstiger macht als vorher, darüber kann nur spekuliert werden. Jetzt soll noch weiter gespart werden. Die konservative Regierung um Brian Cowen kündigte weitere Schritte an, Einzelheiten gab er noch nicht bekannt.

Als Griechenland medienwirksam dem Staatsbankrott entgegenkam, verabschiedete die Regierung um den sozialdemokratischen Giorgos Andreas Papandreu

Europa spart sich Sozialleistungen

In ganz Europa führt die sogenannte Finanzkrise momentan zu gravierenden Einschnitten im Sozialbereich. Der Euro-Stabilitätspakt wurde verschärft, was dazu führt, dass Länder, die gegen die Defizitgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts verstoßen, zukünftig härter bestraft werden sollen. Der Strafkatalog beinhaltet die Hinterlegung von Sicherheiten in Milliardenhöhe bis hin zu empfindlichen Geldstrafen, die den sowieso schon klammen Staaten aufgebürdet werden sollen. In den einzelnen Ländern haben die momentanen Kürzungspläne unterschiedliche Nuancen, letztendlich führt es aber überall zur Streichung von sozialen Errungenschaften. Eine kleine, unsortierte Auswahl, was in den einzelnen Ländern gekürzt wird.

schon jetzt wenig haben. So soll auch im Vereinigten Königreich das Rentenalter hoch gesetzt werden, und zwar von jetzt 65 auf 66 Jahre bis 2020, langfristig auf 68 Jahre. Außerdem werden knapp 500.000 Beamtenstellen bis 2015 gestrichen. Auch die Studierenden werden stärker belastet. Bis jetzt lag die Höchstgrenze für Studiengebühren bei umgerechnet 3780 Euro pro Jahr, dies wird verdoppelt, unter »außergewöhnlichen Umständen« können die Unis sogar fast den dreifachen Satz verlangen. Für besonderen Aufruhr bei Sozialverbänden sorgen Pläne die Wohngeldzuschüsse radikal zu

wurde, sollen es jetzt weitere zwei Prozent zusätzlich werden. Die Einkommensteuer wird um bis zu 1,5 Prozent erhöht, die Renten eingefroren. Beamte, die mehr als 1.500 Euro verdienen, müssen bald mit fünf Prozent weniger auskommen. Bisher gezahlte Sozialleistungen wie Pendlerbetrag und Familiengeld werden komplett gestrichen. Maßnahmen, die vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten. Während bei der Sparrunde im Frühjahr auch die Steuern für Besserverdienende angehoben wurden, leiden unter dem aktuellen Sparpaket vor allem die



ein Sparpaket, das etliche Menschen immer und immer wieder auf die Straße brachte. So wurde die Mehrwertsteuer von 19 über 21 auf mittlerweile 23 Prozent angehoben. Auch die Steuern auf Tabak und Alkohol sind gestiegen. Beamte müssen herbe Einbußen hinnehmen, denn bei ihnen wurde gleich an mehreren Stellen gleichzeitig gekürzt. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurde erst gekürzt, mittlerweile gilt für alle der Festbetrag von 1000 Euro insgesamt pro Jahr. Auch die Zulagen und Bonuszahlungen, die einen erheblichen Teil des Monatslohns ausmachen wurden erst um ein Drittel, später um weitere acht Prozent reduziert. Neueinstellungen soll es in den nächsten Jahren im Staatsdienst nicht geben. Außerdem soll eine Gemeindereform das Staatswesen verschlanken. Die Beamtengehälter werden mindestens für die nächsten drei Jahre nicht wieder steigen, ebenso wie die Renten. Doch auch bei den Renten ist das nicht das einzige Mittel. Das Eintrittsalter wurde generell auf 65 Jahre angehoben, außerdem wird es erst möglich sein nach 40 Berufsjahren, statt wie vorher nach 37 Berufsjahren in Rente zu gehen. Eine Frührente ist künftig erst ab 60 möglich. Doch wenigstens gab es hier auch Bestrebungen Besserverdienende zur Sanierung der Staatsfinanzen heranzuziehen. Es wurde eine Luxussteuer eingeführt, die unter anderem bei Yachten und Immobilien greift, aber auch sehr hohe Einkommen, werden dadurch zusätzlich besteuert.

Die Proteste gegen die geplante Rentenreform von Frankreichs konservativer Regierung um Staatschef Nicolas Sarkozy sind eine der auffälligsten Signale gegen Sozialabbau in den letzten Wochen. ArbeitnehmerInnen können jetzt frühestens mit 62, statt wie bisher mit 60 Jahren in Rente gehen, allerdings nur, wenn sie mindestens 41 Jahre Beiträge eingezahlt haben. Für alle anderen gilt nun das Rentenalter von 67 anstelle von 65 Jahren. Neu ist auch, dass Zeiten, in denen Kinder erzogen wurden, nicht mehr angerechnet werden. Bisher konnten ein oder zwei Jahre Erziehungszeit pro Kind geltend gemacht werden. Außerdem soll, wie in den meisten Ländern, im öffentlichen Dienst massiv ge-

spart werden, rund 100.000 Beamtenstellen werden gestrichen. Ein Wohngeldzuschuss für GeringverdienerInnen soll gekürzt werden. Das beherrschende Thema ist allerdings die Rentenreform, da französische AktivistInnen extreme Umwälzungen des gesamten Arbeitsmarkts befürchten und eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse vorhersagen.

Auch die konservative tschechische Regierung um Petr Necas hat umfangreiche Kürzungen, vor allem im sozialen Bereich, beschlossen. So wird das Krankengeld gekürzt und ein Ge-

retten und einen Schutzschirm über dem Euro auszubreiten, sollen die Ärmsten jetzt dafür die Zeche zahlen. Alle diese Sparmaßnahmen bedeuten eine Umverteilung von Unten nach Oben. Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, werden belastet, während SpitzenverdienerInnen in den wenigsten Fällen zur »Krisenbewältigung« herangezogen werden.

In Deutschland ist der Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales mit rund 131 Milliarden Euro der größte Einzeletat. Auch in den anderen europäischen Ländern ist



burtengeld nur noch für das erstgeborene Kind ausbezahlt. Beamte müssen Gehaltskürzungen um etwa zehn Prozent hinnehmen.

In den meisten europäischen Ländern wird nach ähnlichen Schemata gespart. Es macht augenscheinlich keinen Unterschied, ob eine konservative oder eine sozialdemokratische Regierung die Politik bestimmt. Die Einsparungen, die unter dem Deckmantel der Finanzkrise europaweit umgesetzt werden, sind ein eindrucksvoller Beweis, dass Wahlen nichts ändern und der Fehler im System liegt. Der Parlamentarismus dient vor allem dem eigenen Systemerhalt. Auch die Aussage, dass kein Geld vorhanden sei, kann man getrost als verlogen ansehen. Während innerhalb von wenigen Tagen Milliarden locker gemacht werden konnten, um strauchelnde Banken zu

dieser Haushaltsposten relativ groß. Doch das kann kein Grund dafür sein, hier auch am meisten zu sparen. Die Kürzungen im Sozialbereich sind nicht notwendig wie angegeben, sondern eine politische Entscheidung. Und zwar eine Entscheidung, die den Unwillen in der Bevölkerung möglichst klein halten soll. Lobbyarbeit für Einkommensschwache wird nicht geleistet. Die Mittelschicht ist froh nicht betroffen zu sein, hat aber durch die Kürzungen noch größere Angst in die Unterschicht abzurutschen. Diese Existenzangst führt in vielen Fällen dazu, noch mehr und noch härter zu arbeiten, vom Streikrecht keinen Gebrauch zu machen, eben aus Angst um den Job etc. Glücklicherweise geht dies nicht in allen Ländern auf. In den meisten Ländern formiert sich mehr oder weniger breiter Widerstand. ★



Erschossen und Vertrieben

In der Westsahara, einem von Marokko beanspruchten Gebiet im Süden des Landes, haben marokkanische Truppen beim Angriff auf ein Protestcamp mehrere Menschen erschossen und die Zeltstadt dem Erdboden gleich gemacht. Errichtet wurde das Camp von BewohnerInnen der Stadt El-Aaiún, die diese verlassen hatten, um damit gegen soziale Benachteiligung zu protestieren.

Seit 1975 wird die Westsahara von Marokko völkerrechtswidrig besetzt gehalten, seit 1991 gibt es einen Waffenstillstand zwischen der sahrauischen Befreiungsfront POLISARIO und dem marokkanischen Militär. Landrechte werden hier immer großzügiger zu Gunsten der Investoren ausgelegt, die eine möglichst rasche Ausbeutung der Ressourcen vorantreiben. Den Kürzeren ziehen die BewohnerInnen der Region, die Sahrauis. Landrechte werden, dort wo es keine Titel gibt, meist ganz im neoliberalen Sinne denen mit der größten Kaufkraft eingeräumt. Unterstützt wird Marokko dabei von der EU, die aus der Region insbesondere Phosphat und Fisch bezieht und zudem von Marokko fordert, als Außenposten die EU-Grenze mit zu bewachen und Flüchtlinge gar nicht erst aus Afrika heraus zu lassen.



Im Herbst waren Sarkozy dann nicht nur die Massenproteste egal. Er lehnte auch jegliche Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführungen ab. Ebenso Diskussionen über die »Rentenreform« in der zweiten Abgeordnetenversammlung des Senats, welche Ende Oktober unterbrochen wurden, damit die »Reform« schneller verabschiedet werden konnte. Mit der geplanten »Reform« wird das erlaubte Rentenalter von 60 auf 62 Jahre erhöht, die Rente mit vollem Satz allerdings ist dann erst mit 67 Jahren möglich. Neben

In Lyon gab es Straßenschlachten mit der Polizei am Ende der großen Demos, woran sich tausende aus der SchülerInnen- und StudentenInnenschaft, als auch Jugendliche aus den armen Vorstädten beteiligten. In beiden Städten reagierte die Obrigkeit mit einer enormen Härte. Im ganzen Land gab es um die 3000 Festnahmen und es wurden hohe Haftstrafen ausgesprochen.

Die Proteste waren so vielfältig, dass es schwierig ist, alles zu schildern, was in den letzten Wochen

Es brodelt in Frankreich

Am 12. Juli dieses Jahres äußerte sich der französische Präsident Sarkozy in einem einstündigen Fernsehinterview über die sozialen Proteste in Frankreich. Der Haupttenor seiner Ansprache kann wie folgt zusammengefasst werden: Die Massendemonstrationen gegen die »Rentenreform« sind irrelevant, denn diese wird auf jeden Fall verabschiedet werden, weil sonst die Renten nicht mehr finanziert werden können.

A. Lemarchal (Paris)



der allgemeinen Verschlechterung und Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der letzten Jahre sollen nun die Menschen in Frankreich auch noch länger arbeiten. Daher fühlen sich viele Menschen existenziell bedroht. Sarkozys autoritärer Regierungsstil bestärkte sie noch in ihrer Angst vor dem sozialen Abstieg, was wiederum die Proteste gegen die »Rentenreform« auf einen allgemeinen Protest gegen die französische Regierung fokussierte.

Selbst langjährige AktivistInnen wurden von dem Ausmaß sowie von den Formen der Proteste überrascht. Mehrfach demonstrierten Millionen von Menschen. Viele arbeitende Menschen griffen darüber hinaus auch zu direkten Aktionen. So wurden über einen Monat lang alle Raffinerien bestreikt. Um den 20. Oktober hatte ein Drittel der Tankstellen in Frankreich kein Benzin mehr. Die Stromproduktion wurde von Streikenden gesenkt und im Finanzministerium wurde für eine Stunde der Strom abgestellt. Viele Unternehmen, Bahnhöfe, Straßen und Autobahnen, Einkaufszentren oder Schulen wurden blockiert. Es ging darum, die Ökonomie zu blockieren. In Marseille erfüllte ein Streik bei der Müllabfuhr diese Funktion.

in Frankreich geschehen ist. Sicher ist, dass die Strategie der Gewerkschaftsführungen – bis auf SUD und die CNT – und selbsternannten linken Parteien wenig Resonanz gefunden haben. Diese riefen nicht zu einem Generalstreik auf, sondern nur zu Aktionstagen, und versuchten die Proteste mit einer letzten Demo am 6. November zu beenden um den Unmut gegen die Regierung auf die Präsidentschaftswahl zu kanalisieren. Diese »Befriedungsstrategie« scheint derzeit noch nicht aufzugehen. Überall im Land haben sich viele Menschen innerhalb von »branchenübergreifenden Vollversammlungen« zusammengefunden. Diese neue Organisationsform ermöglicht über alltägliche Blockadeaktionen schnell zu entscheiden. Diese sollen auch bestehen bleiben, wenn die Reform verabschiedet wurde. Zur Zeit weitet sich der Streik auch auf Schulen und Universitäten aus. Anfang November waren schon mehrere Universitäten blockiert. Wie es sich weiter entwickeln wird, ist nicht sicher. Sicher ist nur, dass Frankreich in eine neue Phase des Widerstands getreten ist, von der Deutschland noch weit entfernt ist.



Brandstifter und Anstifter

In der Nacht zum 27.10.2010 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf den linken Infoladen »M99« in Berlin-Kreuzberg. Zeitgleich beschmierten sie den wenige Meter entfernten antifaschistischen Infoshop »Red Stuff« und versuchten dort das Schloss zu verkleben. Einem Antifaschisten hinterließen sie Drohungen an der Hauswand seiner Wohnung in Neukölln.

Es ist nicht das erste Mal, dass Neonazis in Kreuzberg und Neukölln gewalttätig gegen politische Gegner vorgehen. Erst Mitte August warfen sie bei verschiedenen Läden, Cafés und Parteibüros die Scheiben ein. Um ins Visier zu geraten reichte es damals schon, Fan-Kneipe des FC St.Pauli zu sein, weil dessen Anhänger als links-alternativ gelten. Schon seit Ende 2009 kommt es immer wieder zu derartigen Aktionen in beiden Stadtteilen: Mal wurden rechte Parolen geschmiert, mal Drohungen bei Antifaschisten hinterlassen und mal wurden Scheiben zerstört.

Mitten in der Nacht einen Laden anzustecken, der sich in einem Wohnhaus befindet, stellt allerdings eine neue Qualität der Gewalt dar. Insbesondere, weil der Betreiber noch vor Ort war und zudem im Rollstuhl sitzt. Dieser rechte Mordversuch in Kreuzberg erinnert damit stark an zwei Brandanschläge auf alternative Wohnprojekte in Dresden. Der erste fand Mitte August dieses Jahres statt, nahezu zeitgleich mit der letzten Serie neonazistischer Angriffe in Neukölln. Der zweite ereignete sich nur wenige Tage darauf. Und auch dieses Mal scheinen sich die Berliner mit ihren Dresdner Kameraden abgesprochen zu haben, denn in der selben Nacht wurden einem Dresdner Büro der

Linkspartei die Scheiben eingeworfen.

In beiden Städten zeigten die Brandstifter keinerlei Respekt für das menschliche Leben. Das darf bei Neonazis nicht verwundern. Sie teilen Menschen grundsätzlich in verschiedene Wertigkeiten ein und leiten sich aus ihrem Selbstverständnis als Herrenmenschen das Recht ab, die angeblich Minderwertigen zu vernichten. Doch letztlich treiben sie damit nur Positionen auf die Spitze, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Auch bei den Diskussionen um das Buch von Thilo Sarrazin oder der »Integrationsdebatte« wurde zwischen »qualifizierten« ImmigrantInnen unterschieden und jenen, die der »Volkswirtschaft nichts nützen«. Letztere werden in der BRD jedes Jahr zu Tausenden abgeschoben, obwohl sie in ihren Herkunftsländern oft Hunger, Folter und Tod erwartet. Neonazistische Gewalt gegen Nicht-Deutsche ist lediglich unmittelbarer.

Bei den Angriffen auf alternative Projekte zeichnet sich ein ähnlicher Zusammenhang ab. Polizei und Justiz sorgten in Berlin zuletzt regelmäßig für Hausdurchsuchungen in linken Buchläden. Im Infoshop »M99« waren sie noch am Tag vor dem Brandanschlag. Zudem hetzt die Berliner Boulevard Presse, angefeuert von Innensenator Ehrhart Körting, seit Monaten gegen linke Strukturen. Auf diese Weise wird ein antikommunistisches Stammtisch-Klima erzeugt, das die Neonazis in ihren Ressentiments gegen den politischen Gegner bestätigt und sie bestärkt aktiv zu werden. Von der *BILD*-Schlagzeile »Räumt endlich die linken Terror-Nester!« zum Brandanschlag ist es dann nicht mehr weit.

Die Brutalität und Dreistigkeit der Täter als Wiedererstarken der rechten Szene zu interpretieren wäre allerdings falsch. Es findet sich so gut wie keine neonazistische Infrastruktur mehr in der Hauptstadt. Und auf jeden relevanten Organisationsansatz außerhalb der desolaten NPD folgt ein staatliches Verbot. Faktisch drängt die Repression Neonazi-Gruppen in die Illegalität aus der sie derartige Anschläge verüben. Eine ernstzunehmende Gefahr für Leib und Leben stellen sie trotzdem dar. Dass diese Gefahr nicht mit staatlichen Verboten gebannt werden kann, liegt in der Natur der Sache. Es gilt die Ursachen neonazistischer Gewalt zu bekämpfen, und die kommen aus der Mitte der Gesellschaft. ★

Rassistischer Mord

In der Nacht zum 24. Oktober 2010 ermordeten zwei Neonazis den 19 Jahre alten Iraker Kamal K. in der Nähe des Leipziger Hauptbahnhofs. Sie haben ihn zuerst vor den Augen zweier Freunde zu Boden geprügelt und ihm dann ein Messer in den Bauch gestochen. Kamal schaffte es noch sich bis zur nächsten Straße zu schleppen, im Krankenhaus erlag er aber seinen schweren Verletzungen. Seine Freunde konnten die Täter Daniel K. und Markus E. identifizieren. Daniel K. gehörte bis 2007 der »Kameradschaft Aachener Land« an. Beide Täter waren eindeutig sowohl durch Kleidung, als auch durch Tätowierungen als Neonazis erkennbar, trotzdem konnte die Staatsanwaltschaft kein rassistisches Motiv erkennen. Kamal ist bereits das sechste Mordopfer von Neonazis seit 1990 allein in Leipzig.

Geschichtsmythos

Ende Oktober 2010 ist eine Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amts in der Zeit des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik von einer unabhängigen Historikerkommission vorgestellt worden. Dieser Bericht bricht endgültig mit dem Mythos, dass das Auswärtige Amt eine Bastion der Anständigen gewesen sei. Deutsche Diplomaten legten vielmehr seit 1933 bei der Entrechtung und Verfolgung der JüdInnen eine vorausseilende Kooperation an den Tag, die sich zunehmend dynamisierte und radikalisierte und schließlich in der Mitwirkung an der Shoa mündete. An der Geschichte des Amtes wird auch deutlich, in welchem Ausmaß die nationalkonservative Oberschicht mit dem Nationalsozialismus kooperierte und kollaborierte und wie groß die personelle Kontinuität nach 1945 war.

Bibliothek des Widerstands

Ist ein Projekt des Laika Verlages, der linke Widerstandsbewegungen ab den 1960er Jahren dokumentiert. Zu verschiedenen Themen wurden und werden Bücher publiziert, die jeweils mit einem Dokumentarfilm versehen sind.

Band 2: Angela Davis Sie ist die wohl bekannteste Aktivistin der US-amerikanischen Black-Power-Bewegung. Ihr Kampf für die Rechte insbesondere schwarzer politischer Gefangener in den USA machte sie Anfang der Siebziger Jahre zur Symbolfigur.

Band 3: Schrei im Dezember Setzt sich mit der Erschießung des 15-jährigen Schüler Alexandros Grigoropoulos durch einen Beamten einer Sondereinheit der griechischen politischen Polizei 2008 auseinander und den daraus folgenden Protesten gegen die Polizeiwillkür. **Band 6: The**

Weather Underground Ist eine Darstellung über die Geschichte der US-amerikanischen Stadtguerilla Weather Underground. Die 1969/70 gegründete Gruppe verstand sich als verlängerter Arm der Befreiungsbewegungen im Trikont.

Band 8: Dass du zwei Tage schweigst unter der Folter! Das Buch beschäftigt sich mit der argentinischen Militärdiktatur, deren Ziel u.a. die Zerschlagung der linken Opposition gewesen ist. Die Opposition wuchs in den Jahren zuvor durch Streiks und Fabrikbesetzungen, und dadurch verfügten selbst linke Guerillagruppen über eine Massenbasis. **Band 11: Calle**

Santa Fé / Rue Santa Fe Die Movimiento Izquierda Revolucionaria (MIR) wurde 1965 in Chile gegründet. Diese bedeutendste linksradikale Organisation setzte auch nach der Wahl Salvador Allendes Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand des Volkes fort.

www-laika-verlag.de

»Die heile Fußballwelt ins Wanken bringen«



Das hat der **Rote Stern Leipzig (RSL)** ein wenig geschafft. Seit elf Jahren engagiert sich der Verein antifaschistisch in einer nicht ganz einfachen Region. Der Antiberliner hat nachgefragt ...

Wie bringt Ihr Fußball und Politik zusammen?

Wir sehen den Fußball als einen Weg an, unseren gemeinsamen Gedanken nach außen zu tragen. Unsere SpielerInnen möchten in einem Umfeld Fußball spielen und unsere Fans am Spielfeldrand stehen, in dem rassistische, faschistische, sexistische, Homophobie und antisemitische, schlicht diskriminierende Äußerungen keinen Platz haben und nicht geduldet werden. Durch unser Spielen im Ligabetrieb tragen wir diese Haltung zu anderen Vereinen, versuchen zu sensibilisieren. Wir beziehen öffentlich klar Stellung zu bestimmten Themen und sind solidarisch mit Menschen und Initiativen, die sich ihrerseits gegen Diskriminierungen aussprechen und einsetzen. Wir bezeichnen diese Arbeit auch nicht als »Politik«, mit Politik hat das unserer Meinung nach gar nichts zu tun. Wir denken, eine antifaschistische Grundhaltung sollte eigentlich gesellschaftlicher Standard sein. Leider ist das oft nur ein frommer Wunsch und der Weg noch lang.

Euer Verein gilt als Zielscheibe für organisierte Nazis, was heißt es für Euch in Sachsen aktiv zu sein?

Nach Brandis, wo vor einem Jahr Neonazis Spieler und Fans unseres Vereins überfallen haben und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt, bedeutet es zu allererst, dass bei unseren Spielen nun oft eine Menge Polizei vor Ort ist. Ein Zustand, an den wir uns eigentlich nicht gewöhnen wollen, es aber wohl oder übel im Moment müssen. Weiterhin bedeutet es, dass bei nahezu jedem Auswärtsspiel außerhalb von Leipzig Neonazis anwesend waren beziehungsweise sind. Auf den Tag genau ein halbes Jahr nach dem Überfall von Brandis führte das im April zu einem weiteren Spielabbruch – nach andauernden antisemitischen und an-

derweitig diskriminierenden Rufen und Gesängen brach der Schiedsrichter schließlich beim Erklären des »U-Bahn-Liedes« das Spiel des RSL in Mügeln ab. Daneben bedeutet es aber auch das Erfahren von Solidarität und Unterstützung. Besonders haben wir das gemerkt, als zu der von Fans des RSL organisierten Demo im Vorfeld des Wiederholungsspiels in Brandis unter dem Motto »Game Over – Kein Heimspiel für Nazis« hunderte AntifaschistInnen teilweise von sehr weit angereist waren und mit uns auf die Probleme in der sächsischen Provinz aufmerksam machten.

2000 war der RSL im Visier des Verfassungsschutzes, heute werdet Ihr mit Preisen für Euer Engagement ausgezeichnet. Wie erklärt Ihr Euch diesen Wandel?

Das ist eine gute Frage. Es hat sicherlich auch damit zu tun, dass der Verein sich in den mittlerweile elf Jahren seines Bestehens weiter entwickelt hat. Wir werden zwar oft noch als die »Nestbeschmutzer« wahrgenommen, die die heile Fußballwelt ins Wanken bringen wollen, aber die Probleme, die wir ansprechen, wurden über die Jahre auch in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert und diskutiert. Sicherlich sind nicht alle immer mit der Wahl der Mittel zur Durchsetzung unserer Interessen einverstanden, aber eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigt das natürlich in keinster Weise!

Und wie sehen Eure Zukunftspläne aus?

Sportlich würden wir mit unserem ersten Herren-Team gern noch eine Klasse höher spielen. Im Moment läuft das auch ganz gut, wir stehen auf den vorderen Plätzen. Neben dem Platz wünschen wir uns, dass das, was für uns selbstverständlich ist, auch in anderen Vereinen und in den Verbänden Gehör findet und dort Schritt für Schritt umgesetzt wird. ★

